

NOVEMBER

ZEITUNG DER MARXISTEN IN SJ, SPÖ & GEWERKSCHAFTEN

Nr.31 1992 Preis 7.-

Solidaritätspreis 10.-

NEIN zum SOZIALABBAU

Österreich, die Insel der Seligen??? Das behaupten vielleicht manche, aber es entspricht in keiner Weise der Realität!

Die Regierung braucht Geld - ein Weg, um an dieses zu kommen, heißt "Ausgaben sparen". Und Sozialminister Hesoun kommt auch prompt mit einem Vorschlag. Für die Um- und Weiterbildung von Arbeitslosen soll es heuer um 24% (!) weniger Geld geben. Nun könnte man sagen, es gibt ja auch einen Beschäftigungsrekord. Stimmt, aber gleichzeitig gibt es die höchste Arbeitslosenrate seit 1954. 1991 waren es 5,8% und Hesoun ist ganz stolz, daß er noch unter 6% liegt. Hier wird gespart - aber dafür ist geplant, die Unternehmer bei der nächsten Etappe der Steuerreform noch weiter zu "entlasten". Es ist allerdings wahrscheinlich, daß sie das Geld in neuen Maschinen anlegen, anstatt damit Arbeitsplätze zu schaffen.

"Aber sonst geht es den Österreichern doch so gut"

- mag mancher nun sagen. Stimmt aber auch nicht! In den 80er Jahren sank die Lohnquote, der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen, die Gewinne aus Besitz und Unternehmen stiegen aber. Noch immer verdienen 180.000 weniger als 10.000 brutto im Monat. Das ist Umverteilung von unten nach oben. "Das ist aber kein Sozialabbau!" Nein das verschlechtert "nur" die Situation der Bevölkerung. Wie auch die Forderung der Industriellenvereinigung nach Studiengebühren. Wer Geld hat, kann ewig studieren; wer keines hat, hat Pech! Nach einer Berechnung des Standard kostet ein Schuljahr (obwohl es kein Schulgeld gibt) 13-14.000.-. Von kostenloser Bildung kann also nicht die Rede sein!

Sozialabbau heißt nicht nur, Geld direkt zu kürzen, sondern auch ein Klima und Gesetze zu schaffen, in dem arbeiterfeindliche Regelungen durchführbar sind.

Die Aufgabe der SPÖ ist es, jede Art von Sozialabbau zu bekämpfen und die Situation der arbeitenden Bevölkerung zu verbessern. Das Geld, das dafür nötig ist, müssen wir uns dort holen, wo es ist - bei den Bossen, Unternehmern und reichen Aktienbesitzern!

Sonja Grusch SJ 20

INHALT:

Ozon.....	3
Gewerkschaft.....	3
Maturareform.....	4
Kampf in Linz.....	4
Verstaatlichte.....	5
Antifa-Komitee.....	6
SJ 6 - LAG.....	6
Europa-EG.....	7
Osteuropa.....	8
Was tut sich in Europa.....	9
EG und die Folgen.....	10
Frankreich.....	10
Studentenstreik.....	11
GUS.....	12
Aus dem Betrieb.....	13
IG Metall - Alles retour!.....	14
Mahmoud Masarwa.....	15
Nazis vor Gericht.....	15
Bundespräsidentenwahl.....	16

T - Shirts



"Gegen Nazis"-T-Shirts
(rote Faust)
um 120,- bei der Redaktion
PSK 8812.733
Kennwort: T-Shirt



WIR TREFFEN UNS:

- Sozialistische Jugend 3:**
Gruppe Commune: jeden Mittwoch
19 Uhr, 3, Zentrum Erdberg
Lechnerstraße 2-4
- Sozialistische Jugend 5:**
Gruppe Red Bull: jeden Freitag
18 Uhr 30
5, Grünwaldg.4
- Gruppe Funke:** jeden Mittwoch
19 Uhr 5, Grünwaldg.4
- Sozialistische Jugend 6:**
Linke Aktions Gruppe:
jeden Dienstag
19 Uhr 6, Wallg.4
- Sozialistische Jugend 20:**
Gruppe SAJ: jeden Mittwoch
19 Uhr 20, Wehlistraße 20/28
Kellerlokal (Nähe Engelsplatz)
- Sozialistische Jugend 23:**
Gruppe Offensiv: jeden Dienstag
19 Uhr 23, Sobotag./Purkytg.

DAFÜR KÄMPFT VORWÄRTS:

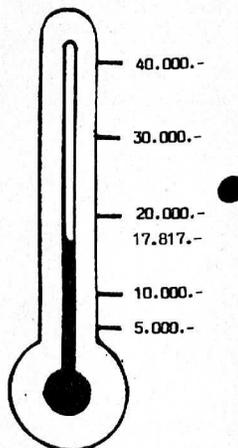
- * Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn!
- * 12.000,- Mindestlohn netto für alle Arbeitnehmer!
- * Einen garantierten Ausbildungsplatz für jeden und demokratische Schulen
- * 30m² Wohnraum für jeden, Mieten bis max. 20% des Nettoeinkommens!
- * Schluß mit Sozialabbau und Privatisierungspolitik
- * Für eine SPÖ-Alleinregierung mit sozialistischem Programm!
- * Vergesellschaftung aller großen Konzerne und Überführung in demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung. Facharbeiterlohn für Funktionäre, um bürokratische Auswüchse zu verhindern!
- * Ein sozialistisches Österreich als Schritt zu einer neuen Weltordnung!

KAMPFFOND

Liebe Leserin!
Lieber Leser!

Seit der letzten Ausgabe des VORWÄRTS hat sich wieder einiges getan. So arbeiten wir derzeit daran, unser Kampffondziel von 40.000,- bis Ende Juli zu erreichen. Bis jetzt haben wir 17.817,- erreicht. Tolle Verkaufsergebnisse erzielten wir auf der Gründungskonferenz des Antifaschismus-Komitees, auf dem wir auch unsere "Gegen Nazis" - T-Shirts verkauften. VORWÄRTS-Unterstützer organisieren regelmäßig Infotische und verkaufen VORWÄRTS auf der Straße. Bei einer erfolgreichen Aktion am Südtirolerplatz verkauften fünf Genossen innerhalb einer Stunde 23 VORWÄRTS. Auch bei der Gedenkveranstaltung am 12. Februar im Karl Marx-Hof verkauften wir an die 40 VORWÄRTS. Davon ein Exemplar um 100,- öS an Minister Streicher und eines um 20,- an den Parteivorsitzenden Vranitzky. Außerdem danken wir all jenen Leserinnen und Leser, die uns durch ihre Spenden unterstützt haben. Zum Beispiel der Schüler Sven Evers, der 200,- spendete. Eine anonyme Geldspende von 1000,- ist im Jänner auf unser Konto eingezahlt worden. Unser Ziel ist es, bis Mitte des Jahres einen Computer mit Laserdrucker anzuschaffen. Da wir keine großen Geldgeber haben, finanzieren wir VORWÄRTS nur über Zeitungsverkauf und aus Spenden. Jede Spende ist wichtig - auch Deine!

(Die Red. März 1992)



**Spendenkonto
PSK 8812.733**

IMPRESSUM:

Eigentümer, Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:
e.V. VORWÄRTS zur sozialistischen Demokratie, Postfach 2 1082 Wien
Druck: A. Riegelnik
Piaristeng. 19 1080 Wien
Erscheinungsort: Wien
Hergestellt aus Recycling-Papier

Medieninhaber: Verein VORWÄRTS zur sozialistischen Demokratie
Vorstand:
Obfrau: S. Grusch/Std.: A. Koch
Schriftföhrer: A. Koch/Std.: J. Evers
Kassier: J. Evers/Std.: S. Grusch
Verleideradresse: 1060 Wien, Stumpeng. 11/34
Grundlegende Richtung: Sozialistischer Bildungsverein

OZON: Der Killer

**NUR EINE REVOLUTION
KANN DIE ERDE RETTEN**

Erkannten auch das World-Watch-Institut und die "Kronen Zeitung". Sie meinten dies allerdings nicht im politischen Sinn, sondern auf die Umwelt bezogen, denn die allgemeine Verminderung der Ozonschicht stellt eine ernsthafte Bedrohung für die Erde dar.

Wissenschaftler eines schwedischen Forschungszentrums fanden jetzt heraus, daß nicht nur über dem Südpol sondern auch über Europa, Asien und Nord-Amerika die lebensnotwendige Ozonschicht dünner geworden ist. In Australien sterben an den Folgen der übermäßigen UV-Bestrahlung jährlich über 1000 Menschen an Hautkrebs. Das ist die mit Abstand höchste Rate der Welt. Ärzte empfehlen der Bevölkerung, wenn möglich nur mehr in den Morgen- und Abendstunden zu arbeiten, da das gesundheitliche Risiko um die Mittagszeit zu groß ist. Die Regierung Kanadas mußte vor kurzem die erste offizielle Ozonwarnung abgeben, da die Ozonschicht im letzten Jahr um 15% dünner geworden ist.

Obwohl über Europa noch kein Loch in der Ozonschicht ist (wie lange noch?), sind auch hier schon bedrohliche Warnsignale der Natur zu bemerken. Da durch die vermindert gefilterte Sonneneinstrahlung das Wachstum der Pflanzen gestört ist, reduzierte sich z.B. der Ernteertrag in Deutschland um 6%.

Und auch bei uns ist die menschliche Gesundheit gefährdet. Bei einer Verminderung der Ozonschicht um 1% jährlich, bekommen bis zu 45% mehr... besonders gefährdet sind Kinder und Jugendliche. Nebst der Haut sind auch die Augen betroffen, vor allem im letzten Jahr traten vermehrt Fälle von grauem Star auf.

Hauptsächlich wird die Ozon-



Industrie als Umweltverschmutzer

schicht durch FCKW (Flur-Chlor-Kohlen-Wasserstoff) zerstört. Wissenschaftler der ganzen Welt warnen, daß jedes weitere Jahr, in dem FCKW in die Atmosphäre ausgestossen wird, die Ozonschicht drastisch reduziert. Bei einem sofortigen Stopp der FCKW-Herstellung hätten wir noch mindestens 60 Jahre an den Folgen zu leiden.

GEWERSCHAFT

Daß der ÖGB in den letzten Jahren nicht in der Lage war - meist aus Ängstlichkeit seiner Führung - Arbeitskämpfe zu führen, ist bekannt. Trotz rollender Unternehmerattacken (Ladenschluß, Nachtarbeit...) und der höchsten Arbeitslosigkeit seit 37 Jahren! Doch bringt man auch in elementaren Bereichen nichts weiter. (Den Mindestlohn von 10.000 verdienen noch immer 180.000 nicht!) Der Rückzieher von Verzetnitsch stellt alles bisher dagewesene in den Schatten. Er ist bereit um bis jetzt unumstößlichen Gewerkschaftsziel der 35-Stunden-Woche abzugeben und unter Umständen verkürzte Arbeitszeit in verpflichtende Weiterbildung umzuwandeln. So nicht Herr Präsident! Gegen bessere Ausbildung ist zwar prinzipiell

Trotz aller Appelle ist die Industrie nicht bereit die Produktion einzustellen. Die Unternehmer sagen, daß FCKW zur Zeit unersetzbar ist (z. B. für die Erzeugung von Kühlgeräten). Sie machen lieber ihre "umweltschädlichen Profite", anstatt Geld in die Forschung nach FCKW-Ersatzstoffen zu investieren. Und trotz allgemeiner Warnung wurde vor kurzem sogar eine neue FCKW-Fabrik in China in Betrieb genommen.

Der Druck von Regierungen auf die Industrie ist natürlich sehr gering, weil diese nicht die Interessen der Bevölkerung, sondern der Konzerne vertreten. US-Präsident George Bush meinte bis jetzt nur, daß er keine ausreichenden Fakten habe und sich daher nicht dazu äußern könne, obwohl die Wissenschaftler der ganzen Welt mehr als einmal vor den drohenden Gefahren gewarnt haben.

Es ist 5 Minuten vor 12. Die großen Konzerne müssen endlich die umweltschädliche Produktion einstellen - wenn sie dazu nicht bereit sind, müssen wir sie zwingen!

Margit Dechat SJ 23
Katja Arthofer SJ 23

nichts einzuwenden. Doch Ziel des ÖGB muß es sein, daß diese in der bezahlten Arbeitszeit stattfindet und auch vom Unternehmer bezahlt wird. Außerdem soll es Fortbildung geben, wenn es der Arbeitnehmer will und nicht der Kollektivvertrag oder der Unternehmer. Der Haupteffekt der 35-Stunden-Woche (als ersten Schritt) ist es natürlich, Arbeit zu schaffen. Doch fast genauso wichtig ist mehr Freizeit für uns, nicht zuletzt deshalb weil gerade in den 80er Jahren Arbeitsetze, also die Ausbeutung unsere Arbeitskraft, enorm gesteigert wurde. Solche Rückzieher sind nicht im Interesse der Arbeitnehmer, schwächen unsere Kampfkraft und die Glaubwürdigkeit der Gewerkschaft.

John Evers SJ 5

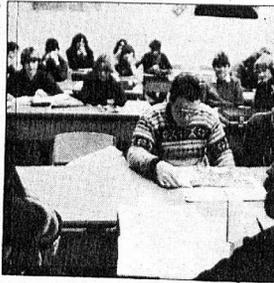
MATURAREFORM

Im Bildungsbereich ging es in der letzten Zeit drunter und drüber. Das alte Schulsystem hat ausgedient, und und vor allem die Matura wurde neu überarbeitet. Denn die Magier in den Kellern des Unterrichtsministeriums haben etwas Neues aus ihren Hüten gezaubert: die Maturareform.

Bei der Einrichtung des neuen Schemas spielt die Fachbereichsarbeit eine entscheidende Rolle. Sie soll ca. 50 Seiten über ein bestimmtes (fächerübergreifendes) Thema umfassen. Vom Lehrer wird erwartet, daß er die Entstehung der Arbeit betreut, sie korrigiert und beurteilt. Und diese Mehrarbeit wollten die Lehrer, verständlicherweise, auch bezahlt.

Die Forderungen waren anfänglich 7000.- ÖS, sie schrumpften im Zuge der Verhandlungen jedoch auf magere 2000.- ÖS. Und trotzdem, der erhebliche Druck, den die Lehrgewerkschaft, aber auch die SchülerInnen leisteten, fruchtete. Bei der ersten Arbeit erhält er 3500.- ÖS, bei jeder weiteren die bisherigen 2000.- ÖS. Dieses neue System kann aber nur der Anfang für eine wirkliche Sanierung sein.

Die plötzliche Aufforderung zum alleinigen Arbeiten bei der Matura, ist für viele SchülerInnen ein Stoß ins kalte Wasser. Prinzipiell ist selbständiges Arbeiten sinnvoll und zu fördern - nur muß man es auch lernen. Denn man kann nicht verlangen, daß ein Schüler, der



jahrelangem Frontalunterricht und großem Leistungsdruck in Form von sturem Auswendiglernen ausgesetzt war, plötzlich Selbstständigkeit auch im Hinblick auf ein eventuelles Studium aus dem Ärmel schüttelt.

Wir fordern daher mehr praxisbezogenen Projektunterricht und fachübergreifende Schwerpunkte während der gesamten Schulzeit. Wir müssen aber immer klar sehen, daß die Reifeprüfung abgeschafft werden muß, da diese nur Streß aber kein Wissen vermittelt. Eine ähnliche Vorgangsweise ist bei den Noten nötig. Auch diese sagen über das tatsächliche Wissen eines Schülers nur sehr wenig aus, verursachen aber Streß und oft enorme Probleme für die Schüler.

Der Kampf für eine gerechtere, angstfreie Schule ist noch lange nicht beendet, er hat erst angefangen.

Eine Schülerin der SJ 5

VORHER:

- Mathematik und Deutsch verpflichtend
- 2 weitere schriftliche Klausurarbeiten, die je nach Gymnasialtyp verschieden sind
- Voraussetzung, daß man die achte Klasse erfolgreich beendet hat.
- Wurde diese Voraussetzung nicht erfüllt, muß das "Nicht genügend" im Rahmen der mündlichen Matura ausgebessert werden.

NACHHER:

- Einführung einer fächerübergreifenden Arbeit mit mündlichem oder schriftlichem Schwerpunkt
- 3 schriftliche Arbeiten (eine Fremdsprache inkl.) und eine Fachbereichsarbeit
- Im mündlichen Teil soll sich ein Fragenkomplex auf die Arbeit beziehen
- 4 schriftliche Arbeiten; mündlich eine Fremdsprache und ein Fragenbereich fächerübergreifend

Kampf in LINZ

Am Dienstag, den 28.1.1992 kam es in der Voest Alpine Stahl Linz zu einer Betriebsversammlung und Arbeitsniederlegung. Zentralbetriebsratsobmann Erhard Koppler informierte die Belegschaft über Ausgliederungs- und Aufteilungspläne von Teilen der Hütte, obwohl im Oktober 1991 versprochen wurde, daß es keine weiteren Aufteilungen mehr geben wird. Rund 1500 Arbeiter sind von der Ausgliederung betroffen.

"Der Vorstand ist nicht in der Lage die Probleme zu meistern. Dort müßte man etwas tun", sagte Arbeiter-Betriebsratsobmann Oberchristl. Wenn der Aufsichtsrat den Plänen des Vorstandes zustimmt, drohen die Betriebsräte mit Streik. Die für Oktober vorgesehene Betriebsratswahl wurde auf März vorverlegt. "Keine Zerschlagung von Linz" ist jetzt schon das Wahlkampfthema.

Durch den Verkauf von rund 4000 Wohnungen der Gwig kann die Hütte Linz ein positives Ergebnis vorweisen, aber was ist in den nächsten Jahren?

Aber die Voest ist auch Gläubiger. Zahlreiche Firmen schulden Millionenbeträge. Die Privatindustrie nützt die Verstaatlichte bezahlt wird offensichtlich manchmal nicht oder viel zu spät. Wenn die Verstaatlichte dann, nicht zuletzt deswegen, in enorme Schwierigkeiten gerät, fordert man Privatisierung. Die solcherart teilweise ruinierten Betriebe kauft man dann gerne mit hohen staatlichen Subventionen auf.

Die Zerschlagung der Verstaatlichten ist auch das Werk jener SPÖ-Politiker die den Angriffen der Bürgerlichen nicht offensiv entgegengetreten sondern vorausseilen.

Privatisierung bedeutet Kündigungen und Sozialabbau. Daher müssen wir gegen die Zerschlagung der Verstaatlichten und alle Privatisierungspläne kämpfen.

Heinz Weingartner SJ 6

Verstaatlichte unter Arbeiterkontrolle

"Melkkuh" Verstaatlichte

In den vergangenen Jahrzehnten war die Verstaatlichte keineswegs nur Schuldenbringer. Arbeitsplätze wurden gesichert (Arbeitslose sind teuer!) und die heimische Privatindustrie billigst, vor allem mit Rohstoffen versorgt. Die Manager machten sich über ihre Spitzgehälter und -pensionen wohl mehr Gedanken als über die Zukunft z.B. der VOEST: die Investitionen für Forschung und Entwicklung betragen nur einen Bruchteil der in Unternehmen dieser Größe üblichen Summen. Statt Innovationen und auch Verbesserungen für die Arbeitnehmer durchzuführen wurden alte Produktionsweisen beibehalten.



Verstaatlichte: Arbeitsplätze in Gefahr

Nach dem "Gesundenschrupfen" der Verstaatlichten Industrie Anfang der 90er Jahre und dem Abbau von fast 20.000 Arbeitsplätzen in der VOEST im letzten Jahrzehnt sollen noch mehr Arbeitnehmer auf der Strecke bleiben. Die Verstaatlichtenholding Austrian Industries soll "börsenfähig" werden.

Teile der Verstaatlichten notieren bereits an der Börse, z.B. die ÖMV. Im Zuge der bürgerlichen Privatisierungshysterie, die auch von der SPÖ-Führung mitgetragen wird, sollte der Börsengang der Austrian Industries im Herbst stattfinden. Wegen mangelnder Erträge wurde er allerdings verschoben. Dennoch soll nach dem Willen von AI-Chef Sekyra alles darauf hinarbeiten, "börsenfähig" zu werden.

Wenn ein Unternehmen gute Erträge und genügend Kapital vorweisen kann, können die Aktien zu einem besseren Preis ausgegeben werden. Um dies zu erreichen, kann das Kapital z.B. durch Teilverkäufe oder durch Verringerung der Ausgaben (Investitionsstopp, Kündigungen) kurzfristig erhöht werden.

Letztlich muß der Börsengang also finanziert werden: verkaufen, damit ausverkauft werden kann. Wenn eine derartige Vorgangsweise auch kurzfristig Kapital bringt, so muß sie mittelfristig als volkswirtschaftlicher Wahnsinn bezeichnet werden. Nachdem ohnehin nur gewinnbringende Unternehmen an die Börse gehen können, gibt der Staat Gewinne ab.

Betroffen sind vor allem wichtige Sparten wie Energieversorgung und Schwerindustrie, denen in der Infrastruktur und in der Arbeitsmarktpolitik eine bedeutende Rolle zukommt.

Ausgetragen wird der Ausverkauf der Verstaatlichten auf dem Rücken der Beschäftigten: Sollte die Regierung den derzeitigen Kurs beibehalten, sind laut Aussage von ÖVP-Verstaatlichensprecher Paul Burgstaller nur für dieses Jahr bis zu 10.000 Kündigungen zu erwarten.

ter. Teile der VOEST wurden ausgegliedert und verkauft (und stillgelegt, nachdem die Unternehmer ihre Gewinne eingestreift hatten). Um die Arbeiter zu spalten, wurden einzelne Standorte gegeneinander ausgespielt ("sperrt doch bei den anderen zu"). Die Gewerkschaft und die Belegschaftsvertreter versagten völlig. Anstatt durch gemeinsame Kampfmaßnahmen Kündigungen zu verhindern, wurde die Spaltung der Arbeitnehmer weiter vorangetrieben.

Keine Kündigungen - kein Ausverkauf

Der Stahlstandort Linz wird in Frage gestellt, weitere werden folgen. Im Rahmen des Börsenganges sind weitere Rationalisierungsmaßnahmen zu erwarten. In Linz hat die Belegschaft mit Betriebsversammlungen und Streikdrohungen reagiert und damit zumindest die Zusage erreicht, daß der Standort erhalten bleibt.

Wenn irgendwo in der Verstaatlichten gekündigt wird, heißt das nicht, daß deshalb die anderen Arbeitsplätze gesicherter sind - im Gegenteil: Je leichter und widerstandsloser in einem Betrieb gekündigt wird, desto schneller und leichter wird es im nächsten gehen. Durch gemeinsame Aktionen der Arbeitnehmer kann eine Zerschlagung der Verstaatlichten verhindert werden. Wenn z.B. eine gemeinsame Streikaktion ganz Österreich lahmlegen würde, müßten Manager und Regierung klein beigeben.

Bei derart offensiven Angriffen gegen die Verstaatlichte ist es nicht sinnvoll, auf das Management oder die (arbeiterfeindliche) Regierung zu hoffen. Die Manager haben die Verstaatlichte beinahe ruiniert, die Regierung will sie verschern. Die Arbeitnehmer selbst müssen das Schicksal der Verstaatlichten entscheiden, sie müssen es ja auch ausbaden.

Deshalb: Verstaatlichte unter Arbeiterkontrolle!

Andrea Koch SJ 5

ANTIFASchistisches KOMITEE

Aufgrund der zunehmenden Ausländerfeindlichkeit und der wachsenden Bedrohung durch Neonazis haben Schüler und Lehrlinge der Sozialistischen Jugend, der Aktion kritischer SchülerInnen und unabhängige Schülervertreter die Initiative ergriffen.

Sie riefen zur Gründungskonferenz des Antifa-Komitees Wien in der VHS Stöbergasse auf. Am 6.2. war es dann so weit, das Echo überraschte alle. Über 250 Interessierte sind gekommen. Obwohl man bemerkte, daß aktive Schüler und Lehrlinge, und keine Vollblutpolitiker die Initiatoren dieses Treffens waren, war die Reaktion äußerst positiv, was durch die Zahl derer, die sich in die Aktivistenlisten eintragen ließen, bestätigt wurde. Mehr als 100 Jugendliche wollen bereits jetzt, nach dem ersten Treffen, mitarbeiten, in über 40 Schulen gibt es Aktivisten des Antifa-Komitees. Das Antifa-Komitee sieht es als seine Aufgabe, vor allem im Schüler- und Lehrlingsbereich etwas gegen die immer stärker werdende Ausländerfeindlichkeit und die immer frecher auftretenden Neonazis zu unternehmen. Mit Hilfe von Schulgruppen sollen nicht nur Diskussionsveranstaltungen, Projektwochen und Lesungen organisiert, sondern auch Infotische, Demonstrationen und antifaschistische Schul- und Stadtteilfeste veranstaltet werden. Als Grundlage für weitere Tätigkeiten wurden am 6.2. folgende 5 Punkte beschlossen:

- * für antifaschistische und demokratische Schulen
- * Keine Ghettoschule für Ausländer und sozial Schwache
- * Volle Gleichstellung von in- und ausländischen Jugendlichen in Ausbildung, Schule und Beruf
- * Gegen ausländerfeindliche Politik
- * Eintreten für unsere Rechte und eine Gesellschaft ohne Rassismus und Neonazis

Wenn du - genauso wie wir - etwas tun willst und unsere Forderungen unterstützt, dann komm zur nächsten

Vollversammlung, dem antifaschistischen Nachmittag, der am 14.3. ab 14 Uhr im Jugendzentrum Margareten, Grünwaldgasse 4 stattfindet.

Julia Helmke
Sprecherat d. Antifa-Komitees Wien

P.S.: Infos über das Antifa-Komitee kannst Du auch über die Redaktion "Postfach 2, 1082 Wien" beziehen.



SJ 6 Linke Aktionsgruppe

SOZIALISTISCHE JUGEND MARIAHILF

Vor fast einem Jahr wurde die "Linke Aktionsgruppe" ins Leben gerufen. Mittlerweile sind wir zur eigenständigen SJ 6 geworden.

Schon letzten Sommer erregten wir Aufsehen durch unser Ausländer-Solidaritätsfest im Esterhazypark mit Kebab, in- und ausländischen Musik- und Tanzgruppen und Infotischen. 300 Leute waren da und viele frecher sind jetzt Aktivisten der LAG. Außerdem waren wir die Einzigen, die mit Flugis, Plakaten und einer politischen Veranstaltung reagierten, als Hr.Falk die Betriebsratskandidaten der "Ganzen Woche" kurzerhand hinauswarf. Zusammen mit der Funkegruppe sind wir in ganz Wien als Antifa - SJ bekannt und unsere fortlaufenden Kampagnen gegen Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Faschismus sind nicht mehr wegzudenken. Unser Programm und unser Sprachrohr, das "Linke Aktionsblatt", sowie die wöchentlichen Infotische, Flugis und Plakate zeigen ganz deutlich, daß wir viele Jugendliche damit ansprechen können und das Echo immer größer wird. Durch regelmäßige Gruppenabende zu politischen, geschichtlichen und anderen wichtigen Themen wie z.B. dem Untergang der AZ mit einer ehemaligen Betriebsrätin, Nationalismus mit einem Vertreter des Dokumentationsarchives des österreichischen Widerstandes, Drogen mit einem EX-User aus dem Club Change oder AKS mit dem Bundesschulsprecher Martin Wolfram.

Auf Grund unserer politischen Aktivitäten, haben wir bereit nach nicht ganz einem Jahr so viele neue Aktivisten gewonnen, daß es schon wieder an der Zeit wäre uns zu teilen. Bei jedem Gruppenabend sind ca. 25 Leute anwesend.) Wir sehen, daß wir mit unseren politischen Ideen auf dem richtigen Weg sind Jugendlichen eine Alternative bieten können und das unser Art zu arbeitender wohl beste Weg ist die SJ wieder zu einer starken marxistischen Jugendorganisation zu machen.

Unsere Pläne für das nächste Jahr sind: Teilung der SJ 6 in zwei Gruppen, Ausbau der Antifa-Aktivitäten, ein nächstes Ausländer-Solifest, Infotische, regelmäßiges politisches Programm (bis zum Ende des Jahres noch 2-3 große Kampagnen mit anderen Bezirken) und viele weitere Aktionen wie z.B. unsere Wohnkampagne im Frühjahr bzw. Sommer.

Die Gruppe LAG trifft sich jeden Dienstag um 19 Uhr in der Wallg.4 im 6.Bezirk. Schau doch vorbei!

Tanja Kozak SJ 6

EUROPA

WIR SCHREIBEN DARÜBER

Mit riesigen Schritten gehen wir heuer angeblich auf die Einigung Europas zu. Doch wessen Einigung und wessen Europa ist damit gemeint? Es gibt nämlich verschiedene Europas - das der Konzerne, ihrer Interessen und Profite mit Ausbeutung von Mensch und Natur.... und das Europa der arbeitenden Menschen, die in erster Linie sichere Arbeitsplätze, soziale Sicherheit, Umweltschutz, Bildung...wollen. Welchem dieser beiden "Europas" wird das Projekt EG-Binnenmarkt am ehesten gerecht werden?

Europa ist einer der reichsten Teile der Erde. Doch der Reichtum ist äußerst unterschiedlich verteilt. Die EG ist an und für sich schon eine "erlauchte" Gemeinschaft, in der arme Länder (z.B. Türkei, Osteuropa..) nicht erwünscht sind. Doch auch innerhalb der "privilegierten" Mitgliederländer gibt es enorme Unterschiede. Unterschiede zwischen arm und reich, Nord und Süd.

Soziale Katastrophe

Während des Wirtschaftsaufschwungs (!) 1982-89 nahm die Armut in der EG rapide zu. 44 Millionen Menschen (14%) werden von der EG-Kommission als arm eingestuft. Die Arbeitslosigkeit bewegt sich in Richtung der 20 Millionen Marke (Durchschnittlich über 10% Arbeitslose). In Spanien, wo sich die (sozialdemokratische) Regierung rühmt, die Wirtschaft europareif modernisiert zu haben, gibt es eine Arbeitslosenrate von 20%, wobei der Anteil der Jugendlichen 50%, der der Frauen 40% ausmacht.

Immer mehr wird von den Unternehmern im Zusammenhang mit dem Bin-

nenmarkt von Flexibilität gesprochen. Die durchschnittlichen Löhnen betragen 2008 Ecu in der BRD, 1734 Ecu in Frankreich, 1423 Ecu in Holland, 366 Ecu in Irland. Auch die Sozialleistungen sind in Europa äußerst unterschiedlich. Flexibilität bedeutet für die Bosse alle auf ein möglichst niedriges Niveau zu drücken, Gehälter, Arbeitsschutz, Soziales...Oder wie es eine Stellungnahme des Bundesverbandes der deutschen Industrie anders ausdrückte: "Das Projekt Binnenmarkt bietet die bislang größte Chance für eine Deregulierungsoffensive".

Bereits im Namen der Europareife geschehen:

- Aufhebung der gesetzlichen Schranken gegen Nacht- und Wochenend-arbeitszeit (in Belgien)
- Einführung einer vierten Schicht mit 12 Arbeitsstunden an Samstagen und Sonntagen (in Griechenland)
- Aufhebung des Nachtarbeitsverbotes für Frauen (in Deutschland und Spanien - in Österreich geplant)
- Einschränkungen des Kindergeldes (in Italien)
- Abbau von Kündigungsvorschriften (in Portugal)

Auch in Österreich wurde der Binnenmarkt als Argument für "Flexibilisierung" der Ladenöffnungszeiten, Kürzungspolitik, Zusperren in der Verstaatlichten... verwendet. Wenn so die Vorzeichen für dieses EG-Europa sind, wie wird dann erst die Zukunft aussehen?

Machtkonzentration

Das wichtigste Ziel der EG ist es, die Verwertungsbedingungen des Kapitals zu verbessern. Kapital soll sich ungehindert zusammenschließen, investieren und wieder abziehen können. Immer größere Komplexe entstehen dadurch, weil nur die mächtigsten Konzerne überleben. Phillips kauft Grundig, VW kauft Fiat, Daimler Benz kauft AEG.... Der riesige Apparat der EG (17.000 Beamte) ist der Ort, wo die Interessen dieser Konzernriesen auf verschiedenste (oft auch nicht ganz legale) Weise vertreten werden. Formal-demokratische Gremien wie das Europaparlament haben von vornherein nichts zu sagen. Im EG-Europa regieren die Konzernherren noch ungebremster als sonst.



EG: 3-Welt in Mitteleuropa

Geschichte und Entwicklung

Der erste europäische Zusammenschluß war nach dem 2. Weltkrieg die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), um die darniederliegende Stahlindustrie wieder aufzubauen. Die USA unterstützten, damals diese Bestrebungen und weitere Schritte Richtung Wirtschaftsgemeinschaft. Die Vereinigten Staaten hatten ja aufgrund ihrer absolut dominierenden Rolle auf dem Weltmarkt, wenig zu befürchten. Zweitens hat sich dadurch die Chance für große Märkte (Geld war damals ja noch vorhanden, um diese aufzubauen) eröffnet, alleine der US-Konzern General Motors beschäftigte später 100.000 Menschen. Und man brauchte ein wirtschaftliches und militärisches Bollwerk gegen die stalinistischen Staaten in Osteuropa. (Unter dem Deckmantel der europäischen Verteidigungsgemeinschaft wurde die deutsche Wiederaufrüstung betrieben.) Das Projekt eines einzigen kapitalistischen Europas gibt es seit Anfang der 50er. Praktisch in jedem Jahrzehnt wird das Ziel Binnenmarkt proklamiert. Doch die EG erwies sich als "Schönwetterorganisation", die bei Anzeichen von Krise sofort wieder auseinanderdriftete. Dann ziehen sich die Kapitalisten nämlich auf "ihre" Staaten zurück, machen Druck auf die Regierungen, damit diese Schutzzölle und Handelschranken für die Konkurrenz erlassen. Besonders drastisch ist das im landwirtschaftlichen Bereich, wo Fischereikriege und ähnliches auf der Tagesordnung stehen. Die jetzigen Schritte Richtung Wirtschaftsgemeinschaft sind vor allem auf den Druck der Supermacht Deutschland zurückzuführen, das auf Grund seiner Vormachtstellung von diesen Maßnahmen auch am meisten profitiert.

Umwelt

Milch aus Sojabohnen, aus Abfallprodukten erzeugtes Fleisch, Schokolade aus Pferdeblut und vieles andere gibt es im EG-Supermarkt zu kaufen. Jedes Mitgliedsland kann

zwar seine eigenen Qualitätsstandards festlegen, doch den Import aus Ländern mit niedrigeren Standards nicht unterbinden.

Mit dem Beitritt zur EG ist man automatisch Mitglied bei der Euratom die "entschlossen ist, die Voraussetzungen für die Entwicklung einer mächtigen Kernindustrie zu schaffen". Dementsprechend hält sie im Vergleich zu Österreich eine 3fache Strahlenbelastung für tolerierbar. Für Cäsium 137 in der Milch soll ein Grenzwert von 400 Bq/kg eingeführt werden, in Österreich gelten 11 Bq/kg...

40% aller öffentlichen Investitionen in den EG-Staaten fallen auf den Verkehrssektor (ohne Eisenbahn!). Die Autoindustrie war schon immer eine Schlüsselindustrie in den westlichen Staaten und der soll damit kräftig geholfen werden. Für das Jahr 2000 wird eine Verkehrszunahme von 40% für den LKW-Verkehr prognostiziert, obwohl der Energieverbrauch pro Tonne fünfmal höher liegt als auf der Schiene. Die Kosten für Umweltzerstörung, Straßenbau... haben jedenfalls in erster Linie wir zu tragen.

Perspektiven und Alternativen

Festung Europa ist ein in letzter Zeit oft gebrauchtes Wort. Dieser Begriff steht für das Europa der reichen Industrieländer, das seine

Was ist los in OSTEUROPA

Was hat die Marktwirtschaft den Menschen in Osteuropa tatsächlich gebracht? Arbeitslosigkeit und niedrige Löhne sind die Realität.

Deutschland

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist weiterhin im Ansteigen. In Ostdeutschland haben im Jänner '92 fast 300.000 Menschen ihren Arbeitsplatz verloren. Die Arbeitslosenquote beträgt derzeit etwa 17%, insgesamt sind ca. 1,3 Millionen Arbeitslose registriert.

Grenzen nach außen dicht gemacht hat. Überall hat es Verschärfungen bei Einwanderungsgesetzen gegeben, Italien prügelt Albanier ins Meer, Österreich "kämpft" mit dem Bundesheer gegen rumänische Flüchtlinge, Spanien läßt seine Marine auf Einwandererschiffe aus Westafrika schießen. Auch innerhalb dieses reichen EG-Europas versuchen die Kapitalisten (und sie werden es auch weiter versuchen), die Kluft zwischen oben und unten zu vergrößern. Es gilt dem Projekt des Unternehmer-EG-Europas etwas entgegenzusetzen. Das Projekt des Europas der Arbeitnehmer wäre eine Alternative. Überall hat sich Widerstand gegen die Offensive der Unternehmer gebildet. Sei es die Anti-Kopf-Steuer-Bewegung in Großbritannien, die Thatcher stürzte in Frankreich, wo Krankenschwestern auf die Straße gingen, in Deutschland Postler, Metalller., die für höhere Löhne kämpfen. Für uns gilt es hier anzusetzen, die Bewegungen in Österreich gegen Sozialabbau... voranzutreiben und die Kämpfe zu vernetzen, also auch von den Erfahrungen der Kolleginnen und Kollegen in anderen Ländern zu lernen.

NEIN zum Europa der Konzerne NEIN zur EG

Für ein vereinigtes, sozialistisches Europa als Schritt zu einer neuen, gerechten Weltordnung.

John Evers SJ 5

Ehemalige UdSSR

Das Haushaltsdefizit der ehemaligen UdSSR betrug 1991 das Fünffache der ursprünglich geplanten Summe. Schon im ersten Quartal wurde die Planvorgabe um 26,7 Milliarden Rubel überschritten.

Polen

Die Lage in Polen wird immer schlimmer. Sowohl die Produktion, als auch die Reallöhne sind im Jänner weiterhin gesunken, während die Arbeitslosigkeit stieg. Ende Jänner betrug die Arbeitslosenquote 11,9%. Somit sind derzeit 2,23 Millionen Menschen arbeitslos.

Thomas Prieler SJ 6

Was tut sich in EUROPA

Der Termin der Gründung eines gemeinsamen europäischen Marktes rückt immer näher. Grund genug uns in den Ländern dieses Gebildes umzusehen.

SPANIEN:

Durch die neue EG-Annäherungspolitik des Premierministers Felipe Gonzales werden alleine in der Provinz Asturien 45.000 Arbeitsplätze in Schwerindustrie, Landwirtschaft und Bergbau bedroht. Da viele staatliche Bergwerke in den letzten Jahren nicht mehr gewinnbringend betrieben werden konnten, sollen sie nach den EG-Plänen geschlossen werden. In Asturien stehen bereits heute 71.000 Arbeitslose 360.000 Beschäftigten gegenüber. Bei Verwirklichung der neuen Pläne würde sich die Zahl der Arbeitslosen innerhalb der nächsten zwei Jahre noch verdoppeln. Die Position der Sozialistischen Partei Spaniens dazu ist gespalten: Während Gonzales die EG-Pläne forcieren will, steht Ex-Vizepräsident Alfonso Guerra auf der Seite der Gewerkschaften, die die Arbeiter in ihrem Kampf um ihre Arbeitsplätze unterstützen. Die Bereitschaft der Arbeiter und der Jugend, um ihre Rechte zu kämpfen, ist hoch: Bereits 100.000 gingen dafür auf die Straße; zahlreiche weitere Aktionen sind geplant.

ENGLAND:

Auch in Großbritannien ist nicht alles eitle Wonne. Durch das Thatcher-System wurden viele soziale Errungenschaften rückgängig gemacht und viele Arbeiter wurden arbeitslos. In manchen ehemaligen Industriestädten liegt die Arbeitslosenrate bei fast 80%!

Großbritannien befindet sich im größten Abschwung seit 60 Jahren. Die ursprünglichen Wirtschaftsprognosen für heuer müssen Schritt für Schritt abgeändert werden. Das Bruttosozialprodukt erlitt den

stärksten Absturz seit der Zeit der großen Wirtschaftskrise in den 30er Jahren. Regierungsstatistiken zeigen, daß der Einzelhandel über sinkende Umsätze klagt und auch die Produktion der Fabriken sinkt. Damit gerät die konservative Regierung des Premierministers John Major kurz vor den Wahlen zum britischen Parlament enorm unter Druck.

In London kam es zu großen Streiks vor allem im öffentlichen Dienst, da die Forderungen der Angestellten nach besseren Arbeitsbedingungen und höheren Löhnen von den Managern nicht erfüllt wurden.



Britische Marxisten gegen Thatcher

DEUTSCHLAND:

Im wirtschaftlich größten Land des zukünftigen Europäischen Wirtschaftsraums kam es vor allem nach der Vereinigung mit der ehemaligen DDR zu erheblichen wirtschaftlichen und vor allem sozialen Problemen.

Die verstaatlichten Betriebe wurden reprivatisiert oder gleich ganz geschlossen und Arbeitsplätze "wegrationalisiert", was wiederum Arbeitslosigkeit für Millionen bedeutet! Die Preise stiegen, während die Realeinkommen in vielen Fällen durch Arbeitslosigkeit zurückgingen.

Auch im Westen sieht es nicht sehr rosig aus. Die Inflation erreicht bisher kaum gekannte Höhen. Bei der alljährlichen Lohnverhandlung wurden von den Unternehmern heuer wieder Erhöhungen

angeboten, die nicht einmal an das Ausmaß der Inflation heranreicht. Selbst das höchste Angebot der Unternehmer war noch so niedrig, daß sogar die als konservativ geltende DAG (= Deutsche Angestellten Gewerkschaft) einen weitreichenden Streik der Bank und Postangestellten organisierte, der zum größten Teil noch andauert.

BELGIEN:

Das kleine Königreich mitten in Europa ist das am höchsten verschuldete Land der EG. Zu Beginn dieses Jahres begannen sie mit einem Startkapital von 2,650 Milliarden Schilling - Schulden verstreicht sich! Das war Rekord.

Mit dieser maroden Finanzsituation wird Belgien wohl kaum die Bedingungen für die EG-Währungsunion erfüllen können. Das derzeitige Defizit von 6,3% des BSP (nur besser als Italien und Griechenland) liegt weit über dem Ziel von 3% für die Währungsunion. Die wirtschaftlich schlechte Situation wird von der jeweiligen Regierung natürlich auf dem Rücken der Bevölkerung ausgetragen. Nicht zuletzt das verhallt dem Flams Block (flämische rechtsnationale Partei) bei den letzten Wahlen zu bedenklchen Stimmengewinnen. Nebenbei ist man seit nunmehr schon drei Monaten auf der Suche nach einer neuen Regierung. Wenn diese gefunden wird, so wird sie wohl nicht um unpopuläre Maßnahmen herkommen.

Die wirtschaftliche und soziale Situation in den einzelnen EG-Ländern, aber auch im EG-Durchschnitt, wird sich für den großen Teil der Bevölkerung verschlechtern. Die wirklich Herrschenden - die Bosse der Großkonzerne - versuchen Krisen immer auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung auszutragen. Es ist an der Zeit diesen Angriffen gemeinsam und entschlossen entgegenzutreten.

Ulli Sefelin SJ 3
Michael Hotvagner SJ 23

EG und die Folgen

Nach dem Willen der meisten Politiker soll Österreich möglichst bald der EG beitreten. Da Umfragen ergeben haben, daß ein Großteil der Österreicher dem EG-Beitritt skeptisch gegenüber steht, wurde eine EG-Propagandalawine in Bewegung gesetzt. Die verwendete EG-Plakatserie könnte genauso gut jedes beliebige Produkt bewerben, sie klärt nicht über Vor- und Nachteile des Anschlusses auf, sondern versucht, die Leute rein gefühlsmäßig zu beruhigen.

Diese Meinungsmache soll die Folgen eines EG-Beitritts zu vertuschen. Die treffen nämlich die Mehrheit der Bevölkerung, die Arbeitnehmer. Der relativ hohe österreichische Sozialstandard würde nach unten angepaßt werden. Auch die Arbeitslosenrate würde höchstwahrscheinlich ansteigen, da österreichische Mittel- und Kleinbetriebe dem Konkurrenzdruck nicht standhalten und die Produktion verstärkt in Länder mit niedrigeren Löhnen abgesiedelt würde.

Österreich hat bis jetzt höhere Umweltverträglichkeitsvorschriften als die EG. Diese verbietet (!), gewisse Angaben über gesundheits-schädliche Inhalte bei Lebensmitteln zu machen, da dies wettbewerbsbeschränkend wirken könnte. Sämtliche Lebensmittelstützungen werden in der EG wegfallen. In vielen Bereichen wird der Konsument teure und gesundheitsschädliche Produkte kaufen müssen.

Die EG ist keine demokratische Organisation! Verschiedene Kommissionen, die auf Umwegen von den Regierungen bestellt werden, lenken diese Organisation. Keiner der Funktionäre ist vom Volk gewählt. Doch die wirkliche Macht liegt ohnehin in den Chefetagen der großen Konzerne.

Österreich ist in ins Europa der Konzerne bereits voll integriert. Über 60% des Handels, der ausländischen Investitionen... laufen mit EG-Staaten ab (40% al-

leine mit der BRD). Schon bisher hat Österreich vielfach im voraus-eilendem Gehorsam "EG-konform" gehandelt. Noch stärker als bisher würden sich Regierung und Unternehmer dann bei unpopulären Maßnahmen (Betriebsschließungen, Sozialab-bau...) auf die "Europareife"

ausreden. Deshalb ein klares NEIN zum EG-Beitritt. Doch das löst noch keine Probleme und Widersprüche. Als Sozialisten sind uns die österreichischen Kapitalisten genauso zuwider wie die europäischen. Wenn es gegen die Rechte der Arbeitnehmer geht organisieren sich die Unternehmer international - dem gilt es auch eine internationale Antwort der Arbeitnehmer entgegenzusetzen.

Hannes Pwain SJ 20

Frankreich

Die französischen "Sozialisten" werden es schwer haben, die nächsten Wahlen zu gewinnen. Mitterrand hat mit 31% einen Tiefpunkt seiner Popularität seit 1981 erreicht und Premierministerin Cresson schenken nur ein Viertel der Befragten ihr Vertrauen.

1993 wird die Nationalversammlung (= das französische Parlament) gewählt. Wenn das Mehrheitswahlrecht, das von den Rechten in ihrer Regierungszeit beschlossen wurde, bleibt, und wenn die augenblickliche Stimmung in der Bevölkerung anhält, könnte die französische SP mehr als die Hälfte ihrer Mandate verlieren. Damit wäre dann auch die Legitimität des "sozialistischen" Staatspräsidenten in Frage gestellt, obwohl seine gesetzliche Amtszeit erst 1995 ablaufen würde. Um das drohende Unheil abzuwenden, möchte Mitterrand schnell das Wahlrecht wieder ändern. Aber ob ein neues Verhältniswahlrecht den Zusammenbruch der französischen sozialistischen Partei verhindern kann, ist mehr als fraglich. Zu sehr ist das Vertrauen der Arbeiterschaft erschüttert, zu einschneidend waren der Sozialabbau und die Packelei der SP mit den Kapitalisten in den 80er Jahren. Parteintern wurden inhaltliche Konfrontationen vermieden, es gab eine lange Phase der scheinbaren Übereinstimmung, obwohl neue Fraktionen entstanden und sich an der Basis die Unzufriedenheit verstärkte. Jetzt treten auch vereinzelt in höheren Partei-

gremien Gegner der Regierungspolitik offensiver in Erscheinung. Sie vertreten zwar keine konsequent marxistische Politik, waren aber gegen die französische Golfkriegspolitik, gegen das neue, profillöse Parteiprogramm und enthielten sich bei der Wahl des neuen Parteichefs Laurent Fabius der Stimme. Die Unzufriedenheit der Basis war ohnehin nicht mehr zu übersehen. Aber die führenden Parteigremien, die zu Karriere-maschinen verkommen sind, hören nicht auf die Meinung der Basis.

Vielen französischen Arbeitern und Jugendlichen fällt es schwer, einen wesentlichen Unterschied zwischen SP und den Konservativen zu erkennen. So hat es bereits massive Protestbewegungen gegen die Kürzungspolitik der Regierung gegeben. Zu Wahlen gehen viele aus Protest nicht einmal hin. Die ehemals starke KP ist für die meisten Arbeiter auf Grund ihres stalinistischen Kurses keine Alternative. Die Arbeitslosigkeit ist auf über 10% geklettert, die soziale Situation von Regierung und Bossen vielfach ins Unerträgliche gesteigert. Das war die Basis auf der die rechtsextreme FN erst so bedrohlich wachsen konnte.

Mit der jetzigen Politik wird die SP für die kommenden Wahlen ihre Mitglieder und Wähler kaum für sich mobilisieren können, wenn sie sich nicht darauf besinnt, wen sie vertritt: die arbeitenden Menschen.

Hannes Gellner SJ 6

Studentenstreik

Buseks Uni-Reform müssen wir zu Fall bringen. Denn sie bedeutet einen sozialen Numerus Clausus, Entdemokratisierung, Auslieferung der Uni an die Wirtschaft, Trennung von Forschung und Lehre und den Abbau studentischer Mitbestimmung. Nun zu Buseks Ideen konkret. Der Aufbau der Uni soll komplett geändert werden.



UNI: Nicht für das Leben, sondern für die Wirtschaft lernen wir!

ASOZIALES

Jeder Student, der länger als vier Semester über der Mindeststudienzeit liegt, soll sich selbst versichern. Die Familienbeihilfe soll aus einer Sozialbeihilfe zu einer Leistungsprämie umgewandelt werden. Wer nicht acht bis zehn Wochenstunden nachweisen kann, wird ausnahmslos aus der sozialen Absicherung gedrängt. Auf Schwangerschaft, Krankheit, Studienwechsel oder ähnliches wird keinerlei Rücksicht genommen. Das Stipendium, das derzeit 7,9% der Studenten beziehen, soll erhöht und ausgeweitet, ABER in ein Kreditsystem umgewandelt werden. Da wird dann jeder sehr schnell studieren und vor allem ein Studium mit dem man nachher genug Geld verdient, um das Stipendium zurückzahlen. Außerdem werden Stipendiumbezieher neben dem Studium nichts mehr arbeiten dürfen. Da das Stipendium aber nach wie vor nicht so hoch ist, daß man davon leben kann, werden die Studenten damit de facto zur Schwarzarbeit gezwungen. Das Sozialnetz wird also zu einem Disziplinierungs- und Selektionsinstrument umgewandelt.

AUTONOMIE?

Busek spricht immer von mehr Autonomie. Aber seine Vorschläge bedeuten das genaue Gegenteil. Das wichtigste Gremium soll ein Präsidium werden, dem als einziges gewähltes Mitglied (!) der Rektor angehört, der aber eigentlich nur mehr akademische Grade verleiht.

Bestimmt wird weitgehend ein vom Bundesminister ernannter Präsident, der dann selbst fünf Vizepräsidenten ernannt. Dieses -undemokratisch vom Ministerium bestimmte Gremium - entscheidet über alle wichtigen Fragen, wie z.B. Budgetvergabe, Neubestellung von Profis, Ausbau bzw. Schließung von Instituten.

Der Senat, der nahezu nichts bestimmen kann ist ein paritätisch aufgebautes Gremium, in dem die Studenten entweder 1:1:2 oder 1:1:3 in der Minderheit sein werden. Er wählt zwar den Rektor und soll das Präsidium kontrollieren, aber wenn dieses mit Senatsbeschlüssen nicht einverstanden ist, kann es diese zurückweisen oder dem Bundesminister vorlegen.

Busek meint mit seiner Autonomie wahrscheinlich, daß er seine Verantwortung abgeben kann. Denn zwischen die Uni und das Ministerium wird eine "Holding" eingeschaltet werden, der "wichtige Personen aus Wirtschaft und Gesellschaft" angehören und die über die Budgetvergabe und Schwerpunkte bei Forschung und Lehre bestimmen soll. Also werden wichtige Konzernmanager bestimmen was an der Uni so laufen wird. Diese sind an unkritischen Studenten interessiert, und nur an Studienrichtungen, die "wirtschaftlich verwertbar" sind. (D.h. daß außer Betriebswirtschaftslehre und EDV fast nichts mehr existieren würde - denn wozu ist Soziologie oder Psychologie schon notwendig.)

FORSCHUNG

Die Uni soll volle Rechtspersönlichkeit erhalten und sich über Drittmittel (also Geld von privaten Firmen) finanzieren können. Die Forschung wird dann vor allem von der Privatwirtschaft finanziert. Das heißt, geforscht wird, was die Firmen wollen. Autokonzerne z.B. werden kaum Alternativen zum Auto erforscht wissen wollen. Die Forschung wird so den Interessen der Wirtschaft statt gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen untergeordnet! Übrigens soll die Forschung strukturell von der Lehre getrennt werden. Ein Teil der Assistenten wird nur mehr forschen, aber kein Recht mehr über ihre Forschungsergebnisse haben. Die Wirtschaft wird entscheiden, welche Ergebnisse veröffentlicht werden.

Es ist daher dringend notwendig, daß sich die Studenten organisieren und diesen Vorschlägen massiven Widerstand entgegensetzen um sie zu Fall zu bringen.

David Mum SJ 23

Der Aktionstag mit Warnstreik am 16.1. auf der geisteswissenschaftlichen Fakultät der Unibien war der Auftakt von notwendiger Protest der Studierenden gegen Buseks "Reform" der Univeritäten. Im März sollen weitere Aktionen folgen.

Broadweise Koordination und Mitinbeziehung von anderen betroffenen Gruppen (v.a. SchülerInnen) sollen dafür sorgen, daß weitere Aktionen (Informations-tage, Demonstrationen, Arbeitsgruppen) die nötige Massensolidarisierung haben, um zu verhindern, daß das Konzept in leicht abgeänderter Form doch durchgeht. Von einem Parlamentarismus erfordern wir, daß SP und WP möglicherweise einen Kuhhandel eingehen werden: die SP bringt das EG-Reformkonzept durch (was ein Achtungserfolg für den Pädagogischenstandarten Streik wäre), wenn die SP in Bewegung Buseks Uni-Reform akzeptiert. Wir werden also Druck ausüben müssen, um dies verhindern zu können. Studierende aller Fakultäten vereinigt Euch!

GUS-Gewalt und Schulden

Boris Jelzin sagte in einer Fernsehansprache am 20.2., daß man noch eine lange Durststrecke überwinden müsse, bis eine Besserung der Verhältnisse in den Staaten der GUS (Gemeinschaft unabhängiger Staaten - die Ex UdSSR) eintritt.

Und das trotz der Tonnen von Lebensmitteln, die der Westen äußerst medienwirksam, aber letztlich kaum hilfreich in die GUS sendet. Kaum hilfreich nicht nur deshalb, weil "Entwicklungshilfe" immer nur Hilfe zur Selbsthilfe sein kann. Doch am Aufbau einer Konkurrenz haben die westlichen Kapitalisten kein Interesse. Deshalb hat in Osteuropa die größte Vernichtung von Industrie seit Ende des 2. Weltkriegs begonnen. Kaum hilfreich auch deshalb, weil die Lebensmittellieferung, aufgeteilt auf die gesamte Bevölkerung, ca. 20 dag pro Mensch und Nase bedeuten würden. Nicht sehr viel, oder? Und auch nicht sehr großzügig wenn man bedenkt, daß es größtenteils aus dem Golfkrieg übriggebliebene Konserven sind, von denen viele schon inzwischen abliefern!

Doch zurück zu Boris Jelzin: wir teilen zwar den ersten Teil seiner Einschätzung, doch glauben wir im Gegensatz zu ihm nicht, daß eine wesentliche Verbesserung des Lebensstandards der GUS-Bevölkerung auf der Grundlage des Systems, das sich Boris Jelzin vorstellt, zu erwarten ist. Jelzin & Co sehen derzeit in der Privatisierung das Allheilmittel, nicht nur um der eigenen Bevölkerung zu helfen, sondern auch um die Auslandsschulden von 80 Milliarden Dollar zu senken. Doch scheitert die Privatisierung am Kapitalmangel. In den GUS - Staaten selbst gibt es kaum Private, die das Kapital aubringen können, um die großen Betriebe zu kaufen, und wenn sind diese meist Ex-Bürokraten, die Schwierigkeiten haben werden, von den Arbeitnehmern akzeptiert zu werden. Diese setzen ihrer Hoffnungen eher ins Ausland,

und das hat zuviel mit seiner eigenen Wirtschaftskrise zu tun, um außer symbolischen Akten und Mini-Finanzspritzen etwas zu tun.

Im Gegensatz zur Situation nach dem 2. Weltkrieg, aus dem die USA als strahlende Supermacht hervorgingen, ist es derzeit keiner Nation möglich das Kapital aufzubringen, um einen halben Erdteil (nach kapitalistischem Muster) zu "sanieren". Damals konnte man Europa großzügige Marshall (ERP) Planhilfe zum Wiederaufbau finanzieren - natürlich nicht uneigennützig, dafür kaufte man wirtschaftliche und politische Vormachtstellung - heute haben gerade die USA genug zu tun, um mit ihrem eigenen Wirtschaftsniedergang fertig zu werden. Und auch die europäische Wirtschaftslokomotive BRD fährt seit dem Anhängen der Ex - DDR Waggons um einiges langsamer, und wird wohl bald zum Stillstand kommen - die Kohle geht aus.



Warteschlangen in der Marktwirtschaft noch länger

Bedingt durch diese Entwicklung und die unsichere Lage, gerade in den Ländern der ehemaligen SU, werden nicht dazu beitragen, die Investitionsfreudigkeit ausländischer Unternehmer zu fördern. Denn wer investiert schon gerne in Länder in denen Hungeraufstände, Streiks, Bürgerkriege und Grenzkriege auf der Tagesordnung sein werden und teilweise sogar schon sind. In Zeiten des Wirtschaftsschwungs werden die Unternehmer eher versuchen, ihre Unternehmen in den "Kolonien", also der 3. Welt zu

halten, anstatt sich in neue riskante Abenteuer zu stürzen.

Wahrscheinlich werden zwar einige Prunkstücke (Lada) verkauft werden, was dann der Weltpresse mit großem Getöse präsentiert werden wird. Auch die Banken und Versicherungen und einige Kleinbetriebe werden verkauft, doch wird der Großteil der Betriebe, gerade in der Schwerindustrie weiterhin in staatlicher Hand bleiben. (siehe die anderen ehem. Ostblockstaaten, wo sich genau die gleiche Entwicklung abzeichnet)

Die teilweise Privatisierung und (Kaputt)sanierung der Betriebe der GUS - Staaten auf kapitalistischer Grundlage wird zwar langfristig (wenn sich keine Gegenbewegungen bilden sollten, was eher unwahrscheinlich ist) unumgänglich sein, doch hat diese Variante nichts außer Elend und Unterdrückung für den Großteil der Bevölkerung zu bieten. Wie bereits jetzt schon bemerkbar, ist eine eindeutige Tendenz von Regierungen mit einer starken autoritären Führung bis zu Militärdiktaturen erkennbar. Was ist also die Alternative? Sicherlich nicht eine Rückkehr zur alten stalinistischen Kommandowirtschaft! Aber die sowjetische Planwirtschaft kreperte nicht als System an sich, sondern in ihrer undemokratischen, bürokratischen Form, wie sie in der SU praktiziert wurde. Diese Form der Planwirtschaft ist in einem System möglich, wo es kaum komplizierte Wirtschaftsabläufe gibt, aber nicht in einer hochtechnisierten Gesellschaft wie der UdSSR. Hier braucht man demokratisch gewählte Vertreter, die die Produktion und die Gesellschaft in die Hand nehmen. Ansätze dazu gab es in fast allen "Ostblock"staaten, während der Revolution gegen die stalinistische Bürokratie. So war z.B. während des sowjetischen Bergarbeiterstreiks alle Entscheidungsgewalt in der Hand eines demokratisch gewählten

Arbeiterrates. Und genau hier gilt es, einzuhaken. Diese Bewegungen, die zwar derzeit noch marktwirtschaftlich orientiert sind, werden schnell ihre Illusionen in Boris Jelzin und seine Reformen verlieren. Es werden sich Bewegungen

gegen den Sozialabbau und die Privatisierung bilden und es wird nicht zuletzt an den noch schwachen marxistischen Kräften, welche Richtung diese nehmen werden.

Michi Bonvalot SJ 5

AUS DEM BETRIEB

**EIN BETRIEB OHNE BOSS
IST WIE EIN FISCH OHNE FAHRRAD!**

Jeder der schon einmal in einem Einzelhandelbetrieb gearbeitet hat, kennt so den alltäglichen Frust, über den man sich ärgern muß.

Speziell als Lehrling wundert man sich jedes Monat, wieso man eigentlich so wenig bezahlt bekommen kann, obwohl man eigentlich die gleiche Arbeit leistet, wie alle anderen.

Aber auch die Bezahlung der Facharbeiter läßt zu wünschen übrig. Ein Kollege von mir arbeitet z.B. bereits seit 25 Jahren in der Firma, steht als Filialleiter knapp vor der Pensionierung und bekommt einen Lohn von sage und schreibe 12.000 Schilling auf die Hand! Wenn man dann auch noch weiß, daß dieser Kollege einen durchschnittlichen Tagesumsatz von fast einer viertel Million erarbeitet, klingt dieser Betrag wie blanker Hohn!

Doch könnte man ja schon froh sein, wenn es nur am Lohn mangeln würde. Zu allem Überfluß wird auch noch ein Konkurrenzdenken unter den Angestellten geschaffen. Das sieht dann so aus, daß unser geliebter Boss auf einer Betriebsversammlung zu raunzen beginnt und vom drohenden Konkurs spricht, wenn die Umsätze nicht steigen. "Aber wenn wir alle zusammenhalten, dann wird es schon irgendwie gehen", sagt er dann zum Schluß und man könnte es fast glauben, wenn nicht....ja wenn nicht am nächsten Tag folgendes passieren würde: Man ist gerade dabei einen Kunden zu "überzeugen", da doch ein wenig vom Vorabend hängen geblieben ist, als plötzlich der Big-Boss persönlich mit einem Auslagendekorateur in der Tür erscheint und von seiner neuesten

Idee zur Auslagendekoration schwärmt, die offensichtlich sehr teuer wahr, aber weder schön, noch qualitativ hochstehend (sprich: ein Kreppe) ist. Da ist dann entgültig der Zeitpunkt gekommen, an dem man erkannt hat, daß man als Arbeiter von den Unternehmern hinten und vorne belogen und betrogen wird.

Ein Handelsangestellter



DER ALLTÄGLICHE WAHNSINN

Ich weiß nicht, wer meinen früheren Artikel im VORWÄRTS über meine "guten" Arbeitsbedingungen gelesen hat, aber was sich in letzter Zeit bei uns abspielt ist, klingt wie ein schlechter "Horror-Film", ist aber leider die pure Wirklichkeit. Ich arbeite in einem Reisebüro und habe letztes Jahr die Lehrabschlussprüfung gemacht.

Er (unser Boss) hat doch wirklich am Materialausgabescheck einen Zettel befestigt, auf dem folgendes zu lesen ist: "Büromaterialausgabe ausschließlich Samstag und Sonntag von 9 Uhr bis 9 Uhr 30." (Kein

Scherz!) Wir (alle Angestellten) haben uns einen Büromaterialkassenschlüssel nachmachen lassen, als er einmal auf Geschäftsreise war (Oh! war das angenehm, kein Gebrüll und Geschrei). Neuestens müssen wir auch das Klosettpapier aus der eigenen Tasche bezahlen; eigene Kugelschreiber, Bleistifte und Radiergummis mitnehmen - irgendwann einmal vielleicht, sogar die Schreibmaschine. Das kann man wirklich nur "halb" als Witz auffassen. Während meiner Mittagspause (falls es einmal dazu kommt), muß ich Telefondienst machen (man kann währenddessen wirklich "wunderbar" essen). Am 14. Februar dieses Jahres war das Begräbnis meiner Oma, was mich ziemlich betroffen hat. Als ich ihm für dieses Begräbnis einen Urlaubszettel vorlegte (ich hatte die Frechheit einen "ganzen" Tag anzumelden) meinte er im Ernst, ich müßte das 3 Monate vorher anmelden und das würde kein Problem darstellen, weil man das bei alten Menschen sowieso leicht berechnen kann, wann sie dem Tod erliegen.

Unser Chef hat uns außerdem seit Jänner kein Gehalt mehr ausbezahlt. Als wir ihn darauf ansprachen meinte er gelassen: "Ihr müßt von dem Gehalt, das ich euch bezahle (zwischen 8.000 und 12.000) mittlerweile ein ganzes Vermögen angelegt haben und es kann euch wirklich nicht auf die paar Tage ankommen, die ihr das Geld später bekommt" - mittlerweile ist dieser Vorfall schon 2 Monate her.

Das sind nur die größten Arbeitsrechtsverletzungen. Ich werde mit Ende dieses Monats kündigen und dann die Klage einreichen. Ich kann nur hoffen, daß mir das nicht noch einmal passiert, weil das würde ich nicht ganz packen.

Ein GFA-Mitglied



Für eine starke sozialistische Arbeiterpresse unterstützt VORWÄRTS

IG Metall: Alles retour!

Stand Februar 1992: Die Streiks im Bankgewerbe weiten sich aus. Die Deutsche Angestellten Gewerkschaft (DAG) und die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen fordern für die 430.000 Beschäftigten im westdeutschen Bankgewerbe Gehalts-erhöhungen von 10,5% und weitere Arbeitszeitverkürzung. Die Arbeitgeber hatten zuletzt 5% mehr angeboten - die Verhandlungen wurden ergebnislos abgebrochen.

Ende Februar legten die Bankangestellten die Arbeit in Hamburg, Frankfurt, Düsseldorf und Wiesbaden nieder. Die Gewerkschaft wendet punktartige Streiks an, um die wichtigsten Stellen der Wirtschaft zu treffen. Die Gewerkschaft der Textilarbeiter und die ÖTV (Öffentlicher Dienst, Transport und Verkehr) haben Lohnforderungen von rund 10% angemeldet.

Die westdeutschen Gewerkschaften sind von ihrer Basis "gezwungen" worden, in die Offensive zu gehen. Die Maßnahmen der Kohl-Regierung wie Steuererhöhungen und die hohe Inflationsrate bringen einen Ver-ringerung des Lebensstandards für die Mehrheit der Arbeitnehmer. Neuer Schachzug der konservativen Regierung: die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1% - als Begründung muß der Aufbau in Ostdeutschland herhalten. Die Gewerkschaftsführung mußte reagieren: auf der einen Seite die Erfolgsmeldungen der deutschen Wirtschaft und auf der anderen niedrige Gehälter.

Die erste Gewerkschaft, die es scheinbar auf eine Kraftprobe mit den Unternehmern ankommen ließ, war die Industriegewerkschaft Metall. Noch Ende Jänner 1992 drohte Metal-lerchef Steinkühler den Stahlarbeitgebern mit Streik. Am 26.1.92 begann die Urabstimmung. Rund 100.000 IG-Metall-Mitglieder unter den 136.000 Stahlarbeitern im Tarifgebiet Nordwestdeutschland hatten eine Woche Zeit, für oder gegen den Streik zu stimmen. Die IG Metall forderte 6%, die Arbeitgeber

boten nicht mehr als 5,4%. Bei der Urabstimmung stimmten 86,8% der stimmberechtigten Gewerkschafter für einen Arbeitskampf zur Durchsetzung der Lohnforderungen. Auch die in der DAG organisierten 7.000 der rund 40.000 Angestellten der Stahlindustrie stimmten mit über 86% Ja-Stimmen für den Streik.

Doch der Streik wurde abgesagt: ein Kompromiß in letzter Minute stoppte die Streikvorbereitungen. Die Tarifkommission der IG Metall stimmte mit großer Mehrheit einem Kompromiß zu, der eine Tarifierhöhung von 6,35% sowie die Anpassung an die Ecklöhne der Metallindustrie vorsieht. Der ausgehandelte Vertrag gilt bis Ende Oktober 92 und soll auch auf die Ostgebiete übertragen werden. Die Gewerkschaft war am 24.10.1991 mit einer Forderung von 10,5% (!) mehr Lohn in die Verhandlungen mit den Unternehmern gegangen.

Die Unternehmer sind erleichtert, daß ein großer Stahlstreik verhindert wurde. Große Teile der Wirtschaft hätte dieser Streik lahmgelegt (z.B. die Autoindustrie) Milliarden DM Verluste wären die Folge gewesen. Am Frankfurter Aktienmarkt erholten sich die Stahlaktienkurse nach der Absage des Streiks sehr schnell. Die Gewerkschaftsführung hat sich (noch) einmal halbwegs erfolgreich durchgeschwindelt. Die Spitzenfunktionäre wußten, daß die Unternehmer jetzt verwundbar sind, da die Zeichen der Wirtschaft bereits auf Rückgang zeigen und die Vereinigung noch lange nicht verdaut sein wird. Steinkühler und die anderen Gewerkschaftsbosse sind heilfroh über den Kompromiß - sie könnten zwar einen Streik beginnen, aber mit welcher Perspektive hätten sie ihn weitergeführt? Wie hätten sie auf Ausperungen reagiert? Die Basis der Gewerkschaft war kampfbereit. Doch wieder war die Gewerkschaftsführung kompromißbereit. Obwohl die IG Metall weitaus kämpferischer als

ihre österreichische Schwestergewerkschaft ist, haben die Funktionäre genauso wie in Österreich den Schwanz eingezogen, als Unternehmer und Politiker mit Kündigungen und Investitionsstopp drohten. Deshalb werden die BRD-Unternehmer sowie der Staat in den laufenden Lohnverhandlungen und Arbeitskämpfen hart bleiben denn sogar die am besten organisierten Metallarbeiter haben schließlich den Kompromiß angenommen. Sicher - einige Verbesserungen (z.B. für die Arbeiter im Osten) wurden erreicht, aber nächstes Jahr werden die Unternehmer politisch gestärkt sein. Bis jetzt haben die SPD und der DGB gegen die Politik der Kohl-Regierung nicht wirklich etwas unternommen. Diese wird versuchen, die Arbeiter weiter mit Steuererhöhungen und Kürzungen im Sozialbereich unter Druck zu setzen. Die Gewerkschaftsführung hat einen günstigen Moment verpaßt, mit einem landesweiten Streik die Unternehmer an die Wand zu drücken. Aber was anderes hätte man sich von dieser Gewerkschaftsführung erwarten können. Die Basis ist enttäuscht und verärgert - monatlang hat sie sich auf den Arbeitskampf vorbereitet. Der Kompromiß wurde schließlich von der Basis akzeptiert - aber was blieb ihr in dieser Situation übrig, ohne entschlossene Führung ist kein Arbeitskampf möglich. Und ohne Perspektive auch nicht, die Arbeiter streiken nur für ein Ziel - z.B. für mehr Lohn oder Arbeitszeitverkürzung. Das ist die Moral von der Geschichte: Es ist Zeit für eine andere, für eine kämpferische Gewerkschaftsführung, die sich nicht den Unternehmern unterwirft. Wirkliche und dauerhafte Verbesserungen werden wir nur mit Kämpfen wie Streiks erreichen. Und diese Kämpfe gegen die Kapitalisten werden wir nur mit einer entschlossenen und vor allem sozialistischen Gewerkschaftsführung durchsetzen.

Freiheit für MAHMOUD

Mahmoud Masarwa wurde im Juli 1988 von der israelischen Polizei verhaftet, im Gefängnis vier Wochen mißhandelt, der Kontakt zu seinem Anwalt wurde ihm verboten und es wurden keine Anklagepunkte genannt. Im April 1989 wurde er dann zu 10 Jahren Haft verurteilt. Begründung: Terrorismus und Spionage. Durch eine internationale Solidaritätskampagne, die von Gewerkschaftern und Parlamentarier unterstützt wird, und durch internationale Proteste unter anderem auch durch das Europaparlament, konnte die israelische Justiz gezwungen werden, die totale Nachrichten-sperre aufzuheben und das Gerichtsverfahren öffentlich zu machen. Dabei kam heraus, daß die Anklagepunkte gegen Mahmoud ohne jegliche Grundlage sind (die Bäume, die er hinter einem Betrieb angezündet haben soll, existierten gar nicht!)

Mahmouds tatsächliche "Verbrechen" sind seine sozialistischen Ideen und sein Einsatz für den gemeinsamen Kampf von palästinensischen und jüdischen Arbeitern. Mahmoud ist Sozialist und war in der Gewerkschaft aktiv. Der israelische Staatsapparat versucht alles um Opposition auszulöschen; besonders, wenn es um den gemeinsamen Kampf von Palästinensern und Juden geht, denn das stellt eine enorme Gefahr für die herrschende Klasse in Israel dar.

Im Juni 1991 wurde Mahmoud in ein anderes Gefängnis verlegt. Dort ist er mit einem Russen in einer Zelle, mit dem er sich nicht verständigen kann. Er darf nur eine Stunde am Tag seine Zelle verlassen und selbst dann darf er nicht mit anderen Häftlingen sprechen. Aus Protest darüber band er sich ein Tuch vor den Mund - die Gefängnisverwaltung reagierte mit weiteren Haftverschärfungen!

Nach seinem Einspruch im Jänner dieses Jahres ging Mahmoud wieder vor Gericht. Aber bei den Besprechungen durften weder Mahmoud noch sein Anwalt anwesend sein und seine



Forcierungen wurden wegen (geheimer) Geheimdienstinformationen zurückge-wiesen.

Am 10. März findet der 2. Teil eines internationalen Appells für die sofortige Freilassung statt. Arbeiter- und Gewerkschaftsvertreter aus Großbritannien, Irland, Schweden und Belgien werden in Israel Mahmouds Gefängnis, das Gericht und die Botschaften aufsuchen.

Um endlich seine Freilassung zu erreichen, braucht Mahmoud auch Deine Unterstützung. Schreibt Protestbriefe an:

Israelische Botschaft
Anton Frank Gasse 20
1180 Wien

Büro des Premierministers
3 Kaplan Steet
Jerusalem
ISRAEL 91919

Ihr könnt aber auch direkt an Mahmoud schreiben - wenn viele schreiben, erhält er wenigstens ein paar Briefe

Mahmoud Masarwa
Prison number 0018 342 3
Ashmoret prison, POB 86
Netanya 42100 Israel

Da er und seine Familie auch Geld brauchen:

PSK 8812.733 Kennwort: Mahmoud

Gerade jetzt ist Unterstützung sehr wichtig für Mahmoud!

Katja Arthofer SJ 23

NAZIS vor Gericht

Der Fernsehauftritt des Obernazis Gottfried Küssel im US-Sender ABC und im deutschen Sender Tele 5 erregte großes Aufsehen. Mit SS-Totenkopf auf der Militärmütze erklärte er vor laufender Kamera die Zulassung der NSDAP als Wahlpartei als sein politisches Ziel. Durch die Berichterstattung ausländischer Medien unter Druck gesetzt, handelte die Staatspolizei. Küssel und ein deutscher Gesinnungskamerad wurden verhaftet.

Derselbe Küssel konnte vorher als Führer der Neonaziszene diverseste Aktionen per Telefon, von seiner Wohnung aus planen und durchführen lassen. Über Küssel liefen auch die Verbindungen der sogenannten NSDAP/AD (=Aufbauroganisation) mit Sitz in den USA nach Ungarn, Kroatien, CSFR usw.. In Kroatien wurde sogar ein "Neonazicorps" aufgestellt, das im Bürgerkrieg gegen Serbien kämpfte und von ehemaligen Fremden-legionären trainiert wurde. Kurze Zeit später wurde die sogenannte "Wehrsportgruppe Trenck" ausgehoben die einen Putsch plante und wo Waffen sichergestellt wurden. Eine Woche später kam es zu einem Brandanschlag auf ein Asylantenheim in Traunkirchen. Die verhafteten Täter, allesamt VAPO-Mitglieder, bekannten sich zum Nationalsozialismus und erklärten den Anschlag als eine Racheaktion für die Verhaftung Küssels. Kurz darauf wurde der VAPO "Gaubeauftragte" für Salzburg und Oberösterreich, Reinthaler verhaftet. In Wels wurde die Gründungskonferenz einer Nazi-Gruppe von der Stapo aufgelöst.

Da die verschiedensten Nazigruppen und Personen seit Jahren bekannt sind, scheinen die plötzlichen Aktionen der Stapo mehr Image-politur und weniger antifaschistisch motiviert.

Heinz Weingartner SJ 6

BUNDESPRÄSIDENTENWAHL: Keine Stimme für die Bürgerlichen!

Am 26. April müssen wieder einmal alle wahlberechtigten ÖsterreicherInnen aus 4 Kandidaten einen auswählen, der/die später den alleinigen Oberbefehl über das Bundesheer führt, der/die gesetzlich legitimiert ist, den Nationalrat aufzulösen und selbst die absolute Macht im Staate zu übernehmen usw.

Der Mensch, von dem die Mehrheit der wahlberechtigten Bevölkerung meint, dieses absolut unnötige, teure und undemokratische Amt am besten ausführen zu können, wird dann BundespräsidentIn. Die Hauptaufgabe des Bundespräsidenten ist momentan, schöne Anzüge zu tragen, ein smartes lächeln zu haben und so, Österreich gegenüber Präsidenten und Monarchen (auch Diktatoren) anderer Länder würdig zu vertreten. Um es dem Bundespräsidenten zu ermöglichen, einen Small Talk mit dem König von Jemen zu führen, werden Millionen an Steuergeldern verpulvert. Bei den kommenden Wahlen bewerben sich vier Kandidaten um dieses "höchste Amt im Staate". Obwohl die Bundespräsidentenwahl theoretisch kein parteipolitischer Machtkampf ist, sollte man nicht übersehen, daß der Sieger der Wahl natürlich die Stärke der Partei, von der er/sie als Kandidat aufgestellt wurde demonstriert. Als



einzigste Frau, die für das Amt der Bundespräsidentin kandidiert, wurde ironischerweise von der Parlamentarierpartei mit dem wohl frauenfeindlichsten Programm (FPÖ) aufgestellt. Obwohl sich Heide Schmidt in der Öffentlichkeit momentan sehr liberal gibt, darf man nicht vergessen, welche Partei hinter ihr steht. Sollte es Heide Schmidt gelingen, bis in den 2. Wahlgang aufzusteigen, würde das die Position der "Haider-Partei" enorm stärken. Der ÖVP - Kandidat Klesstil, der im Wahlkampf nichts Besseres zu tun hat, als sich enorm für die Abschaffung von Hammer und Sichel im Wappen einzusetzen und dessen Partei offen für die Interessen der Unternehmer steht, ist sicherlich ein potentieller Anwärter für das Bundespräsidentenamt. Man sollte in sein Diplomatenimage, hinter dem sich die Hauptpartei der Bosse - die ÖVP - verbirgt, keine Illusionen haben. Der grüne Kandi-

dat Jungk, der von vielen als eine Art linke Alternative angesehen wird, ist sicherlich auch nicht der Politiker, der wirklich sozialistische Ideen vertritt. Wichtig am 26. April wird sein, die momentane Position der SPÖ zu stärken. Streicher kann man sicher viel vorwerfen - ÖBB, Privatisierungen, usw..... Für viele ist der Unterschied zwischen ihm und einem bürgerlichen Politiker nicht zu erkennen. Doch was Streicher im Gegensatz zu den anderen Kandidaten "auszeichnet" ist, daß mit der SPÖ die traditionelle Arbeiterpartei Österreichs hinter ihm steht. Eine Niederlage für ihn, wäre eine Niederlage der SPÖ und damit ein Sieg der Rechten. Doch Wählen alleine genügt nicht. Wir sollten den Wahlkampf dafür nutzen, um mit allen Linken in der SPÖ, sozialistische Forderungen in die Öffentlichkeit zu tragen. Deshalb:

- Keine Stimme für die Bürgerlichen
- SPÖ mit sozialistischem Programm in die Offensive

Alex Freil SJ 6

Spendenkonto
PSK 8812.733



Ich möchte

VORWÄRTS

unterstützen und bitte
um weitere Informationen ○

Name

Anschrift

Ich möchte

- VORWÄRTS abonnieren
- 5 Ausgaben zu 50,- ÖS ○
- 10 Ausgaben zu 100,- ÖS ○
- ein VORWÄRTS-Förderabo zu ÖS ... beziehen (ab 50,- ÖS) ○
- Auslandsabo(5 Ausgaben:80.-) ○
- Einsenden an:
VORWÄRTS zur sozialistischen
Demokratie e.V.
Postfach 2, A-1082 Wien